

## Staatlich angeordnete Entmenschlichung

Statt den Mindestlohn anzuheben, der durch Inflation und stark gestiegene Lebensmittelkosten immer noch zu niedrig angesetzt ist, erklärt man einen Großteil der Bürgergeldempfänger zu Sozialschmarotzern, die faul in der Hängematte des Sozialstaates liegen und jegliche Arbeit verweigern.

Nicht wenige Betriebe jubeln. Mehr Mindestlohn können oder wollen sie nicht bezahlen. Die einen, weil ihre Betriebe tatsächlich unter den gegebenen Marktbedingungen ächzen, die anderen, weil sie dem Konkurrenzdruck der Billigware aus Ländern, die sich die Ausbeutung ihrer eigenen Arbeitskräfte in großem Stil gönnen, nachgeben.

Betriebe oder Dienstleister, die für die heimische Bevölkerung anbieten übersehen dabei, dass bei niedrigen Löhnen auch die Kaufkraft niedrig ist und sie ihre eigene Kundschaft vertreiben. Betriebe und Konzerne, die überwiegend auf Export fixiert sind, interessiert die Kaufkraft in Deutschland nicht. Sie üben Druck auf die Politik aus, den Sozialstaat klein zu halten und die Billiglohnwelt zu erhalten.

Das gestiegene Bürgergeld ermöglicht es erstmalig seit langem arbeitssuchenden Menschen auf höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu pochen. Manch schlecht bezahlende Betriebe bekommen plötzlich Probleme geringverdienende Arbeitskräfte zu finden.

Um den Mindestlohn nicht in eine Höhe anheben zu müssen, der ein wirklich menschwürdiges Leben und später eine ebenso menschenwürdige Rente generiert, sucht man Sündenböcke. Gefunden sind diese leicht: die faulen Arbeitslosen sowie Flüchtlinge, die sich bei uns ein gemütliches Leben einrichten und sogar extra nur aus diesem Grund alle nach Deutschland wollen.

Laut und populistisch schwingen Granden der Politik ihre hetzenden und diffamierenden Reden in ihr Publikum. Die Medien berichten entsprechend und nur wenige klären über den wahren Sachverhalt auf. In Talkshows sitzen jammernde Chefs oder Chefinnen von Kleinbetrieben oder Politiker, die auf diese „Sündenböcke“ verbal einprügeln. Zu gerne wird auf das Lohnabstandsgesetz hingewiesen. Vergessen wird, dass das Existenzminimum laut Verfassungsgericht nicht unterschritten werden darf und tatsächlich in erster Linie nur deshalb das Bürgergeld überhaupt erst so „stark“ gestiegen ist. Die Lösung wäre die Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen und schon stimmt der Lohnabstand wieder. Stattdessen wird mit Absicht arm gegen arm aufgewiegelt.

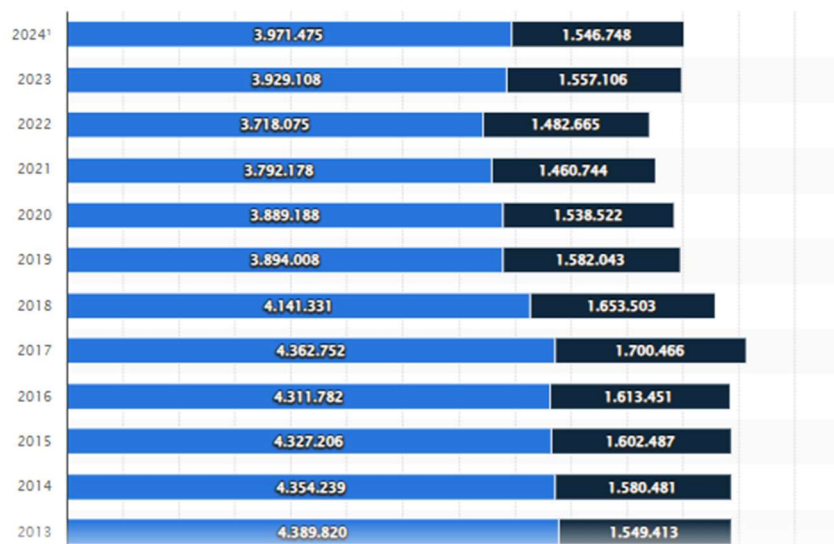
So etwas nennt man Meinungsmache. Leider wird dieses hinterhältige Manipulationssystem von sehr vielen

Mitbürgern einfach nicht durchschaut.

Veranschaulichende Statistik zum Bürgergeld(1):

blau: Hartz4 jetzt  
schwarz: reine Sozialhilfe

Die Zahlen zeigen den Jahresdurchschnitt.



Die Wahrheit ist, dass die Anzahl der Arbeitslosen im Bürgergeldbereich von 2013 bis 2024 definitiv gesunken ist – trotz hinzuströmender Flüchtlinge und den angeblichen Massen an faulen Leuten, die ihren Job hinschmeißen, um sich im Bürgergeld auf die faule Haut zu legen.

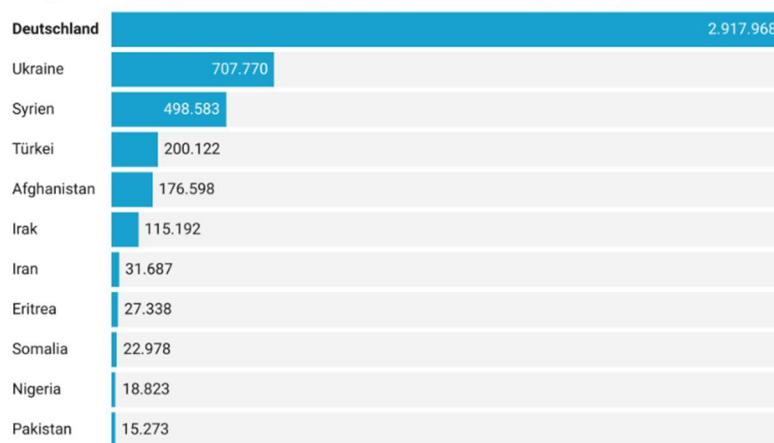
Vergessen wird auch gerne, dass in diesen Zahlen allein über 20 % arbeitende, aber aufstockende Menschen (2) enthalten sind, obwohl auch deren Jahresdurchschnitt sinkt. Waren es 2013 noch 1,307 Millionen, sind es 2023 nur noch 0,786 Millionen.

37,1 % im Bürgergeld waren 2022 Alleinerziehende (3), die nicht vollumfänglich arbeiten und verdienen können. Manche könnten oder würden davon mehr arbeiten, wenn sie eine verlässliche Möglichkeit zur Unterbringung ihrer Kinder hätten.

Wenn man dann noch berücksichtigt, dass in den Bürgergeldstatistiken allein fast 2 Millionen Kinder in Deutschland enthalten sind, wird es mit der Riesenanzahl von Faulpelzen schon dünn.

Weiter gibt es aktuell über 300000 pflegende Angehörige, die auf Bürgergeld angewiesen sind.

### Regelleistungsberechtigte nach Staatsangehörigkeit



Grafik: CORRECTIV.Faktencheck · Quelle: Migrationsmonitor der Bundesagentur für Arbeit, Stand Juni 2023 · Erstellt mit Datawrapper

Rund 700000 Ukrainer\*innen (4) erhalten derzeit Bürgergeld in Deutschland. Auch hier wird ungern erwähnt, dass es sich dabei überwiegend um Frauen mit Kindern handelt.

### Was bringen Sanktionen (5):

Tatsächlich erhöhen Sanktionen die Beschäftigungswahrscheinlich leicht, aber sie haben erhebliche Schattenseiten. Der Zwang führt in perspektivlose und schlechtbezahlte Jobs, nicht selten noch mit schlechten Arbeitsbedingungen. Damit wird der Billiglohnsektor in Deutschland befeuert.

Sind die Sanktionen zu hart, kann dies auch extreme Folgen nach sich ziehen. Betroffene Personen melden sich komplett aus der Zivilisation ab, Arche und Tafel können diese Menschen teilweise auffangen, aber ein Teil landet auch in der Obdachlosigkeit oder in kriminellen Milieus.

Es gab schon immer einige Totalverweigerer, daran werden auch Sanktionen nicht viel ändern.

Die neueste Forderung, Menschen zwei volle Monate das Existenzminimum gänzlich zu entziehen ist gegen das Grundgesetz und gegen jegliche Menschlichkeit. Als ob man im Bürgergeld genügend Geld ansparen könnte, um solange über die Runden zu kommen! Die Folgen sind unabsehbar.

Mit dem Arbeitslosen-Bashing der Politik stigmatisiert man Menschen noch zusätzlich, die sowieso schon ausgegrenzt sind, die kaum am kulturellen Leben teilhaben können, deren Chancengleichheit nicht besteht und die im deutschen Bildungssystem nicht partizipiert sind. Ist es wirklich das, was wir wollen?

Aber auch den Menschen im Niedriglohnsektor und besonders deren Kindern (6) ist der Weg aus Armut, umfassende Bildung und Chancengleichheit verbaut.

Der Slogan: „ARBEIT MUSS SICH LOHNEN !“ sollte endlich mit Leben gefüllt werden und nicht als leere Worthölse am Politikerhimmel hängen.

DiB fordert:

Einen Mindestlohn, der sich an der Lebensrealität orientiert und auch eine angemessene Rente ermöglicht und tatsächlich das Lohnabstandsgesetz wahrt ohne das Existenzminimum künstlich zu drücken.

Ein Bedingungsloses Grundeinkommen, das Menschen aus der Armut holt und ihnen die Menschenwürde zurückgibt.

Auch wenn sich die Wirtschaft und damit auch die Politik dagegen stemmt, die Menschen haben ein Recht auf ein würdevolles Leben.

Mehr Lohn und mehr Geld in den Portemonnaies bedeuten erheblich mehr Kaufkraft und damit Umsatzsteigerungen auf unserem heimischen Markt.

- (1) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/242062/umfrage/leistungsempfaenger-von-arbeitslosengeld-ii-und-sozialgeld/#:~:text=Im%20Jahr%202024%20bezogen%20durchschnittlich,bis%202022%20Empf%C3%A4nger%20von%20Sozialgeld>).
- (2) <https://www.buergergeld.org/aufstocker/>
- (3) <https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/Politikfelder/Sozialstaat/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIII58.pdf>
- (4) <https://correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2023/08/31/buergergeld-irrefuehrender-grafik-fehlt-kontext-zu-quoten-von-gefluechteten/>
- (5) [https://www.focus.de/finanzen/wenig-anreize-schwache-sanktionen-totalverweigerer-kriegen-wir-nicht-jobcenter-packen-ueber-buergergeld-empfaenger-aus\\_id\\_259472706.html](https://www.focus.de/finanzen/wenig-anreize-schwache-sanktionen-totalverweigerer-kriegen-wir-nicht-jobcenter-packen-ueber-buergergeld-empfaenger-aus_id_259472706.html)
- (6) <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-armut-verbaut-bildungschancen-6547.htm>